

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 11. Februar 2010

Antrags-Nr. 10-F-01-0019

**Rücknahme aller Kürzungen der Schulbudgets
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2010 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sämtliche Kürzungen im Bereich der Schulbudgets vollständig rückgängig zu machen:

- Die Reduzierung der Schulbudgets um 12,1% im Vergleich zum Haushaltsansatz 2008 wird sowohl im konsumtiven Bereich (CO), als auch bei den Investitionsmitteln (IM) zurückgenommen.
- Die freiwilligen Leistungen bleiben vollständig erhalten und werden wieder auf das Niveau des Vorjahres zurückgeführt.

Zur Finanzierung werden nicht gebundene Mittel aus dem Bürgerhaushalt herangezogen.

Empfehlung der Fraktionsarbeitsgruppe Bürgerhaushalt vom 10.02.2010:

1. Die Schulbudgets IM und CO für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 werden nicht, wie geplant, um 12,1 % gegenüber dem Haushaltsansatz 2008 gekürzt, sondern ungekürzt zur Verfügung gestellt. Auch die freiwilligen Leistungen des Schulamtes werden nicht eingestellt.
2. Zur Finanzierung werden nicht gebundene Mittel des Bürgerhaushalts herangezogen. Aus derzeitiger Sicht beläuft sich der Mittelbedarf auf ca. 187.000 € / Jahr, für die freiwilligen Leistungen auf ca. 94.600 € / Jahr.

Beschluss Nr. 0080

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2010 betr.

Rücknahme aller Kürzungen der Schulbudgets

wird durch Übernahme der Empfehlung der Fraktionsarbeitsgruppe Bürgerhaushalt vom 10.02.2010 in folgender Form angenommen:

1. Die Schulbudgets IM und CO für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 werden nicht, wie geplant, um 12,1 % gegenüber dem Haushaltsansatz 2008 gekürzt, sondern ungekürzt zur Verfügung gestellt. Auch die freiwilligen Leistungen des Schulamtes werden nicht eingestellt.

2. Zur Finanzierung werden nicht gebundene Mittel des Bürgerhaushalts herangezogen. Aus derzeitiger Sicht beläuft sich der Mittelbedarf auf ca. 187.000 € / Jahr, für die freiwilligen Leistungen auf ca. 94.600 € / Jahr.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2010
im Auftrag

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2010
im Auftrag

1. Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat I/20
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister